

ARBEITSKREIS BAHNTRASSE OLDENBURG
(AKBO)

Offener Brief
An den
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Torsten Albig
-Staatskanzlei-
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

Nachrichtlich an:

Deutscher Bundestag
-Abgeordnetengruppe Bahlärm-
c/o MdB Erwin Rüdell
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Der Bürgermeister der Stadt Oldenburg in Holstein
Der Bürgermeister der Gemeinde Göhl
Der Bürgermeister der Gemeinde Heringsdorf
Der Bürgermeister der Gemeinde Neukirchen

Presse

- Der Reporter (Oldenburg in Holstein)
- Heiligenhafener Post
- Der Markt (Ostholstein)
- Lübecker Nachrichten
- Kieler Nachrichten
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Wirtschaftswoche

Hinterlandanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung
Ostholstein muss Modellregion für Lärmschutz werden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig,

die Unterzeichner dieses Briefes sind Mitglieder des Arbeitskreises Bahntrasse Oldenburg (AKBO), der sich seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Festen Fehmarnbeltquerung intensiv um die Belange und Betroffenheiten der Bürger und ihrer Natur durch die Hinterlandanbindung im Bereich Oldenburg in Holstein kümmert. Aufgrund der zwei intensiv und differenziert diskutierten Trassenvarianten zur Umfahrung Oldenburgs (Westtrasse vs. Osttrasse (sog. "Bruchtrasse")) sind neben Oldenburg auch die Nachbargemeinden Göhl, Heringsdorf und Neukirchen mit insgesamt 15.000 Einwohnern betroffen; eine Bürgerbefragung führte 2013 zu einem klaren 2:1 Votum, die Westumfahrung Oldenburgs gutachterlich prüfen zu lassen. Dieses Votum haben Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Stellungnahme, die im Übrigen ohne Not schon während des laufenden ROV (!) erfolgte, quasi abgeschmettert und damit der billigsten und denkbar schlechtesten aller vorliegenden Trassenvarianten, der DB-Variante 1A, Vorschub geleistet. Das kann nicht akzeptiert werden! Ziel der Landesregierung muss es doch sein, von der Vorhabenträgerin den bestmöglichen Kompromiss für ihre Bürger einzufordern, zunächst auch unabhängig von Aufwand und Kosten. Sie führten selbst aus: „übergeordnetes Ziel ist es nach wie vor, die raumverträglichste Trasse zu finden, die von einer möglichst breiten Öffentlichkeit akzeptiert wird.“

Sie werden sicher damit gerechnet haben, dass Ihre Einschätzung der Problematik bzw. die Ihrer Landesplanungsbehörde nicht widerspruchslos hingenommen werden kann.

Was ist in der Sache unrichtig und wie begründen wir unseren Widerspruch gegen Ihre Ausführungen in o.g. Stellungnahme? Sie begründen Ihre Aussagen zum großen Teil mit dem Ergebnis eines von der Vorhabenträgerin (DB ProjektBau GmbH) beauftragten – und nicht veröffentlichten – Kurzgutachtens, das deshalb abzulehnen ist, weil es hochgradig fehlerhaft ist:

- Es wird nicht auf die Möglichkeit einer Trogbauweise für die Westtrasse im Bereich von Oldenburg eingegangen. Diese ist aber **das Hauptargument** für die Westtrasse, da bei Ostumfahrung durch das Oldenburger Bruchgebiet eine Absenkung mittels Trogbauweise technisch unmöglich ist. Unsere Forderung der Prüfung einer Westtrasse – eben, um die Trogbauweise mit optimiertem Schallschutz zu ermöglichen – wurde demnach überhaupt nicht verstanden (oder ignoriert?)!
- Der im RO-Ergebnis von der DB Netz AG skizzierte Westtrassenverlauf war **niemals** Gegenstand der Planung oder Diskussion vor Ort, es handelt sich offenbar um eine Erfindung des beauftragten Projektplaners, um dieses Problem primär ad absurdum zu führen (?!). Die von uns vorgeschlagenen Trassen- und Fortführungsvarianten führen im Gegensatz dazu nicht zu mehr, sondern deutlich weniger Betroffenheiten.
- Die weiteren, hier nicht näher ausgeführten Argumente pro Ostumfahrung (Bruchtrasse) bzgl. Lärmschutz, den Betroffenheiten der Schutzgüter Tiere und Pflanzen sowie Boden und (Grund-)Wasser einschließlich Hochwasserschutz sind für Ortskundige sowie Fachleute der einzelnen Disziplinen nicht nachvollziehbar und z.T. abstrus.
- Auf die Möglichkeiten der Umfahrung der Orte Göhl, Heringsdorf und Neukirchen durch eine der von uns vorgeschlagenen alternativen Weiterführungen einer Westtrasse zurück zur Bestandstrasse wird **überhaupt nicht** eingegangen.

Herr Ministerpräsident, Sie wissen als Politiker sehr viel besser als viele „Normalbürger“, wie wichtig bestimmte Großprojekte für die Entwicklung eines Landes oder einer Gesellschaft sein können, gerade auch für einen Technologiestandort wie Deutschland, das in anderen Bereichen (Beispiel IT) schon verloren hat. Wir planen in Ihrem Bundesland als "Leuchtturmprojekt" europäischer Leistungsfähigkeit eine feste Fehmarn-Belt Querung mit einer "Hinterland"-Anbindung durch die Tourismus-Region Ostholstein. Damit das dort - im späteren Produktivbetrieb mit den geplanten 1.000 m langen XXL Güterzügen - auch jeder Mensch in seine nächtlichen Träume im 15-Minuten Takt richtig einflechten kann, pocht die DB AG, man mag es kaum glauben, auf gesetzliche Lärmschutzrichtlinien aus den 1960-iger Jahren, die bereits vor dem ersten Spatenstich verrostet sind. Solche elementaren Fehler wirken sich nicht nur für die jetzt Betroffenen verheerend aus, sondern auch wirtschaftlich für die nächste Generation: zukunftsfähige Hochtechnologie kauft die Welt dort, wo verantwortliche Politiker öffentliche Gelder für derartige Leuchtturmprojekte zuvor richtig und in ausreichender Höhe investiert haben. Unentschlossene Halbherzigkeit endet letztlich immer im Konkurs! Positivbeispiele sind: in den Niederlanden nutzt man die Fahrbahnen (!) von Radwegen zur Gewinnung von Solarenergie, in China sind es Lärmschutzhauben aus Faserbundkunststoff zur Abschirmung schmerzhaft dröhnender Güterzugtrassen und in Japan setzt man seit Jahrzehnten zielgerichtet auf den jetzt einsatzreifen Maglev, einer eleganten, weil völlig rumpelfreien Magnetschwebetechnologie, die einst ganz woanders (!) Paradepony gewesen war, sich dort aber zaudernde Politiker nicht zu einer städteverbindenden Referenzstrecke entschließen konnten.

Die Tourismus-Region Ostholstein muss als „Modellregion“ für zeitgemäßen und zukunftssicheren Lärmschutz durch intelligente Trassenführung und maximale aktive Lärmschutzmaßnahmen verstanden werden, das wäre ein Signal, mit dem Deutschland seine eigentlich brillante technische Kompetenz in markantem Rahmen unter Beweis stellen könnte, wegweisend, werbewirksam!

Auf die konkrete regionale Konstellation heruntergebrochen heißt das, dass unser Arbeitskreis mit seinen über 1.500 Unterstützern deshalb in Ostholstein Lärmschutztunnel in der Nähe von Ortschaften fordert, also an Brennpunkten wie Bad Schwartau, Oldenburg oder Großenbrode. In unserem Bereich Oldenburg bedeutet dies die dringende Reevaluierung der Trassenkonzepte mit der konkreten Prüfung der Westumfahrung, um eine lärmschutzoptimierte Trogbauweise realisieren zu können.

Herr Ministerpräsident, bitte tun Sie etwas, ehe es für Korrekturen definitiv zu spät ist! Unterstützen Sie – und gerade Sie als der in dieser Frage im Fokus stehende leitende Politiker – die sich derzeit überparteilich konstituierende „**Abgeordnetengruppe Bahnlärm**“ und nutzen Sie Ihre Position als Schwergewicht unter den Meinungsbildnern! Deutschland braucht Technologie des 21. Jahrhunderts, die sie hier vorzeigen und anbieten kann, und Ihre Bürger aus Ostholstein sind nicht bereit, für die nächsten 100 Jahre Lärmschutzvorgaben von 1960 zu akzeptieren!

Mit freundlichen Grüßen

für den Arbeitskreises Bahntrasse Oldenburg (AKBO)

Prof. Dr. Lutz Fricke

Dr. Matthias Overkamp

Wolfgang Schröter

Jens Junkersdorf

AKBO • C/O M. OVERKAMP • HEIDEKAMP 39
23758 • OLDENBURG IN HOLSTEIN